Abg. Schädler (Ztr.): Wir glauben nicht, daß nach Ablehnung der Vorlage der Fortbildungsunterricht unmöglich gemacht werde, wir wünschen den Fortbestand der Fortbildungsschulen. In katholischen Gegenden ist eine Einigung erzielt worden, das müßte doch auch anderswo möglich sein. Wir wollen die Schüler nicht in die Kirche schicken oder zum Kirchenbesuch zwingen, wir wollen ihnen nur die Gelegenheit zum Kirchenbesuch geben. Wir wollen auch die Rechte der evangelischen Kirchenbehörden wahren, denn was wir für uns verlangen, gestehen wir auch andern zu. Wir stimmen gegen die Vorlage.

Abg. Vogtherr (Soz.): Es handelt sich für uns nicht um eine kirchliche, sondern um eine gewerbliche Angelegenheit. Die Gegner betonen ihr Interesse an den Fortbildungsschulen, auch die kirchlichen Behörden wollen dieses Interesse haben. In Wahrheit hat man nur ein Interesse daran, die Schüler zum Kirchenbesuch zu zwingen. Der wahre Freund der Fortbildungsschulen müßte eine Förderung des Schulwesens nicht mit der Kirche, sondern trotz der Kirche zu erreichen suchen. Die Wochentags-Nachmittag- und Abendstunden sind ungeeignet nicht blos für den Zeichenunterricht, sondern im allgemeinen. Der Unterricht erfordert geistige und körperliche Frische und muß auf den Wochentags-Vormittag verlegt werden. Die Uneinigkeit mit den Kirchenbehörden hat dazu geführt, schon jetzt an einzelnen Orten den Wochentagsunterricht einzuführen. Aber die Unternehmer, die Gewerbtreibenden sträuben sich dagegen, diese Herren müssen gezwungen werden. Mit dem Augenblick, wo sich die Herren mit der Verlegung auf den Wochentag einverstanden erklären, wird man in Handwerkerkreisen einen Sturm der Entrüstung erzeugen. Es wird sich da ein sehr interessanter Widerstand der Interessen bemerklich machen. Wir sind für den obligatorischen Fortbildungsunterricht, und Herr v. Bötticher hat ja selbst schon erklärt, es werde schließlich nichts anderes übrig bleiben. Wir sind gegen eine neue Frist von 3 Jahren. Wollen Sie vielmehr in eine Zwangslage versetzen, Ja oder Nein zu sagen. Wir lehnen deshalb die Vorlage ab. Man prüft die Gesetze ja immer auf ihre Wirkung hin auf die Sozialdemokratie, und Herr Möller hat die Rechte ja aufgefordert, an der Erhaltung des heutigen Staates dadurch mitzuarbeiten, daß sie dem nationalliberalen Standpunkt zustimmt. Wir sehen ja heute diese Partei einmal einig, ihr Mahnruf hat aber auf der Rechten keine Wirkung gehabt. Wir müssen den Fortbildungsunterricht mehr ausbauen, das können wir nur durch Verlegung des Unterrichts vom Sonntag auf einen Wochentag. Der Unterricht muß auch obligatorisch werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) erklärt sich gegen die Vorlage. In vielen Fortbildungsschulen werde am Sonntag gar nicht Zeichenunterricht, sondern Unterricht in anderen Fächern gegeben. So finde besonders der Zeichenunterricht für Mädchen am Abend statt.

Preußischer Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Die Regierung würde Ihnen die Vorlage nicht vorgelegt haben, wenn sie nicht der festen Ueberzeugung wäre, daß es ihr in der Frist von 3 Jahren gelingen wird, die Verhältnisse zu regeln. Die Gegner der Regierungsvorlage halten starr an einem Prinzipe fest und verschließen die Augen vor den thatsächlichen Verhältnissen. Auch ich betrachte es als erstrebenswerthes Ziel, daß der Unterricht an einem Vormittage in der Woche ertheilt wird. Aber das ist zur Zeit noch nicht zu erreichen. Der größte Feind dieser Verlegung sind die Innungen.

Abg. Rickert (freis. Vg.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie in dieser Frage Bundesgenossen der Rechten wären. Er und seine Freunde würden für die Vorlage stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der deutschfreisinnigen Parteien, der süddeutschen Volkspartei, der Nationalliberalen, der Antisemiten und dreier Mitglieder der Reichspartei **abgelehnt**.

Es folgt die dritte Lesung der Anträge Groeber u. Gen. (Zentr.) und Rickert (freis. Vg.) auf Abänderung des Wahlgesetzes (Einführung amtlicher Umschläge für die Wahlzettel; Isolirraum).

In der Generaldiskussion erklärt

Abg. Bassermann (natl.): Ein Theil seiner Freunde hätte gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs schwere Bedenken und würden gegen ihn stimmen, ein anderer Theil aber würde mit ihm das Gesetz annehmen.

Abg. Rickert (fr. Vgg.) freut sich über diese Zustimmung eines Theils der Nationalliberalen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Die Vorlage wird unverändert gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und eines Theils der Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die erste Berathung des von den Abgg. Lutz, v. Ploetz (kons.) und v. Heeremann (Zentr.) eingebrachten Entwurfes eines **Heimstättengesetzes**.

Abg. Graf Dönhoff-Friedrichstein (kons.) bittet den Entwurf anzunehmen. Bevor er wieder eingebracht worden sei, habe ihn eine freie Kommission bei Beginn der Session umgearbeitet und alle Bedenken berücksichtigt, die zunächst gegen ihn geltend gemacht worden seien.

Abg. Schoenlank (Soz.): Ich hätte nicht gedacht, daß man mit diesem Entwurfe an das Haus kommen würde. Er erscheint mir als der Typus des Dilletantismus in der Gesetzgebung, als ein Zeichen der Unfähigkeit, einem gesetzgeberischen Gedanken logisch zu Ende zu denken. Die Heimstättengesetzgebung stammt aus Amerika, aber sie hat sich bei ihrem Weg über das große Wasser verwandelt und stellt in dem vorliegenden Entwurf den Versuch dar, in Preußen-Deutschland eine Art bäuerlicher Fideikommisse zu schaffen. Die Grundbedingung für die Erlangung einer Heimstätte nach diesem Entwurfe ist, daß der Grund und Boden nur bis zur Hälfte seines Ertragwerthes mit Hypotheken belastet sein darf. Damit ist die große Mehrzahl der Bauern, die stärker verschuldet sind, schon ausgeschlossen. Wenn sie eine Hälfte erlangen wollten, würde ihnen die Hypotheken gekündigt werden, die über die Hälfte des Ertragwerthes hinaus ihre Grundstücke belasten und das Ende wäre ein großer bäuerlicher Kladderadatsch. Die große Masse der Besitzlosen ist von vornherein von dem Erwerb einer Heimstätte ausgeschlossen. Denn wer soll das Geld dazu hergeben? Wenn Sie wirklich die Absicht gehabt haben, die Besitzlosen seßhaft zu machen, so haben Sie sich um die schwierigste Frage einfach herumgedrückt. Der Entwurf hat überhaupt keine Lebenskraft. Er kann höchstens bewirken, daß die unverschuldete Kleinbauernschaft an die Scholle gefesselt wird. Davor werden sich die Bauern bedanken. In eine einheitliche Schablone wollen Sie das ganze bäuerliche Besitzleben pressen. In der Rhein- und Maingegend verhindert eine jahrhundertlange Tradition, daß Ihr Heimstättengedanke bei den Kleinbauern überhaupt Wurzel fassen wird. Aehnlich liegt es ja auch mit der Gesetzgebung für die Höferollen. Ernste Sozialpolitiker, die der Rechten sehr nahe stehen, sind einig darin, daß diese ganze neue Gesetzgebung nichts erreicht hat und nur für Hannover von Bedeutung war. Die Bauern werden sich das freie Verfügungsrecht über ihren Grund und Boden nicht nehmen und sich nicht gefallen lassen, unter Kuratel eines Staates gestellt zu werden, der sie mit seiner Steuerpolitik so schwer belastet. Wie die Heimstätten eigentlich errichtet werden sollen, darüber schweigt sich der Entwurf, der eine solche Revolution im bäuerlichen Besitzrecht hervorruft, völlig aus. Er überläßt alles der hohen Weisheit einer erleuchteten Regierung. Der Entwurf sieht die Zwangsverwaltung derjenigen Heimstätten, deren Besitzer nicht zurecht kommen, vor. Wie soll der bureaukratische Staat 10—100,000 kleine Bauernwirthschaften in Verwaltung nehmen? Kein Wort enthält der Entwurf darüber, wie lange diese Zwangsverwaltungen dauern sollen. Die Herren, die sich mit ihrem praktischen Wissen brüsten, haben diesen Punkt ganz übersehen. Wenn ein kleiner Bauer auf seiner Heimstätte durch Mißernte und Unglücksfälle abgewirthschaftet hat, dann soll er „abgemeiert“ werden. Das Interesse der Erben ist gar nicht berücksichtigt. Die Rechtswohlthat des Inventars (daß sie nur mit dem ererbten, nicht mit dem eignen Vermögen für die Schulden des Erblassers haften), wird ihnen nicht gewährt. Sorgen Sie dafür, daß die Miterben Recht gewinnen und nicht mit leeren Händen fortgehen. Das ist eine schreiende sozialpolitische Ungerechtigkeit, und Sie erreichen damit nur, was Sie verhindern wollen. Hunderttausende werden zu Sozialdemokraten gemacht durch diese Schaffung bäuerlicher Majorate. Es ist zudem fraglich, ob das Reich überhaupt kompetent ist zu einer solchen Agrargesetzgebung. Meint doch der Reichskanzler, daß sogar eine Agrarstatistik durch das Reich unmöglich ist. Deshalb hat es auch der Landwirthschaftsrath im Jahre 1893 abgelehnt, sich näher mit der Frage zu befassen. Sie sind doch sonst Freunde des Partikularismus. Der Grundgedanke des ganzen Gesetzes stammt offenbar aus dem Deutschland östlich der Elbe. Sie brauchen nichts als billige Tagelöhner, die an die Scholle gefesselt sind. (Sehr richtig, links.) Durch die Heimstättengesetzgebung wollen Sie sie anketten, damit sie widerstandslos zu geringem Lohne als Tagelöhner arbeiten, weil sie der eigne Boden nicht zu erhalten vermag. Gegen die Freizügigkeit richtet sich der Gesetzentwurf, die Ihnen schon lange ein Dorn im Auge ist. Sie wollen nichts anderes, als eine Neueinrichtung der Hörigkeit. (Sehr richtig, links.) Hätten Sie wenigstens Ihre Vorläufer auf dem Gebiete der Heimstättengesetzgebung besser studirt, die österreichischen und die schweizerischen Entwürfe, so hätten Sie nicht eine solche Karrikatur geschaffen, denn jede Konsequenz und Logik fehlt. Wir wollen Sie z. B. das Kunststück fertig bekommen, die gegenwärtigen Hypothekenschulden der Parzellenbauern in amortisable, unkündbare Rentenschulden zu verwandeln? Dazu gehört die Reichsorganisation des ganzen landwirthschaftlichen Kredits. Und gelingt es Ihnen wirklich, das beneficium competentiae — die Rechtswohlthat des Nothbedarfs — den Bauern zu verschaffen, so haben alle gesellschaftlichen Kreise, die Handwerker, die Kaufleute und vor allem die Arbeiter das gleiche Recht auf staatliche Sicherung des Obdachs und der Existenz. An diese Konsequenz haben Sie nicht gedacht, nur die gebundenen Tagelöhner, die Ihnen bei den Wahlen zur Verfügung stehen, haben Ihnen als verlockendes Ziel vorgeschwebt. Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß wir den Entwurf rundweg ablehnen und es für das beste halten, wenn das Haus ihn ohne weitere Umstände begräbt. Sollte die Mehrheit darauf nicht eingehen, so ist eine Kommissionsberathung jedenfalls unbedingt nothwendig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bachem (Ztr.): Das ganze Gesetz beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und hat den Zweck, dem Besitzer sein Eigenthum zu erhalten. Die Miterben auszuschließen, ist keine Ungerechtigkeit, sie wissen, mit welchen Schwierigkeiten ein Grundbesitzer zu kämpfen hat. Ich meine, im Gegensatz zum Vorredner, daß der Entwurf das Eindringen der Sozialdemokratie in das platte Land zu verhindern geeignet ist. Kollege Schoenlank bestreitet die Kompetenz des Reichstages; ich wundere mich, gerade von einem sozialdemokratischen Redner partikularistische Interessen vertreten zu hören. Die Voraussetzungen, die Abg. Schoenlank für nöthig hält, die ländlichen Kreditinstitute, sind in vielen Gegenden vorhanden, wo sie es nicht sind, werden sie bald ins Leben gerufen werden können. Kollege Schoenlank fragte, wie mir schien, zum Fenster hinaus, wird der Bauer sich das gefallen lassen. Der Bauer hat sich nichts gefallen zu lassen, wir thun ihm nichts zu leide. Wenn er nicht will, so kann ihn niemand zwingen, eine Heimstätte zu gründen. Er wird sich selbst den größten Dienst damit erweisen. Herr Schoenlank ist ein sehr gelehrter Herr (Heiterkeit), aber hier trifft er wohl nicht das Richtige. Wir wollen das Gute schaffen, soweit es in unserer Macht steht. Der Bauer wird das auch anerkennen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Günther (natl.) steht dem Gesetzentwurf im allgemeinen sympathisch gegenüber. Wenn der Redner der Sozialdemokraten mehr von der Lage der ländlichen Bevölkerung verstände, würde er gegen das Gesetz nicht polemisirt haben. Er müsse freilich zugeben, daß die Vorlage, so wie sie jetzt liegt, nicht Gesetz werden könne. Er beantragt Kommissionsberathung und eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Heiterkeit.)

Abg. Schall (dkons.): Es liegt dem Gesetz ein guter Kern zu grunde. Die Ausführungen des Herrn Schoenlank halte er das Dichterwort entgegen: „Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen.“ Ich kenne das Land etwas genauer, wie die Sozialdemokraten, die nur, wenn die Schwalben wieder kommen, auf's Land agitiren gehen. Ich meine, die Bauern müssen seßhaft gemacht werden. Der Zuzug in die großen Städte ist zu groß, das Land verödet sonst allmälig. Was am Grund und Boden haftet, pflegt auch die sittliche Tugend und die Vaterlandsliebe. (Beifall rechts.)

Hierauf tritt Schluß der Diskussion ein. Die Spezial-Diskussion (2. Lesung) wird auf morgen vertagt.

Der **Nachtragsetat** betr. 3 neue Beamtenstellen im Patentamt wird in erster und zweiter Lesung ohne Diskussion genehmigt. Die zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs zum Schutze der Brieftauben und des Brieftaubenverkehr im Kriege wird hierauf, nachdem der Referent Abg. Lengmann über die Kommissionsberathung berichtet hat, ohne Diskussion erledigt.

Schließlich wird in der Gesammtabstimmung der Antrag Schröder, die Kündigungsfrist der Handlungsgehilfen betreffend, **angenommen**. Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Wahlprüfungen (2. Lesung des Heimstättengesetzes, Rechnungsvorlagen, Viehseuchen).

Schluß 6½ Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dresden, 18. April.

— **Aus dem Reichstage.** Die gestrige Sitzung begann der Tagung der Tabaksteuer-Kommission wegen erst in der dritten Nachmittagsstunde und brachte zunächst die Berathung der Regierungsvorlage wegen des Sonntagsunterrichtes in der Fortbildungsschule. Die Verhandlungen endeten mit der Ablehnung der Vorlage. — An die Erledigung dieses Gegenstandes schloß sich die dritte Berathung des Rickert-Gröber'schen Antrags zum Schutz der Wahlfreiheit. Die Beschlüsse der zweiten Lesung wurden unverändert angenommen; ja die Majorität hatte sich sogar vergrößert, denn eine Anzahl Nationalliberaler schloß sich ihr unter Führung des Abg. Bassermann an, während das Gros der Partei, das die schamloseste Wahlbeeinflussung als beste und einzige Sicherung ihrer Mandate betrachtet, mit der Rechten ging. Den Rest der Sitzung füllte die Berathung eines konservativ-klerikalen Entwurfes eines Heimstättengesetzes. Der amerikanische Heimstättengedanke ist in den Händen unserer ostelbischen Junker zu einer wahren Karrikatur geworden. Er dient nur dazu, einen Schlag gegen die Freizügigkeit zu führen und einen Stand moderner Hörigen in den Besitzern der kleinen Heimstätten zu schaffen, die von dem Ertrage ihres Eigenthums nicht leben können und zu billigen und willigen Tagelöhnern der Großgrundbesitzer werden müssen. Dies hält Genosse Dr. Schönlank in einer ebenso scharfen wie sachkundigen und tüchtigen Rede den Vätern des Entwurfes vor. Die Rechte hatte keinen besseren Mann ihm entgegenzuschicken, als den Duellpastor Schall, der mit Erfolg bemüht ist, zur komischen Figur des Hauses zu werden. Mit Redensarten wie. „Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen“ suchte er die sachliche und durchschlagende Kritik Schönlank's zu widerlegen.

— **Die Konservativen** sind ganz aus dem Häuschen über die Blamage, die ihnen der Antrag Kanitz einbrachte. Ihre Wuth erstreckt sich nicht nur auf die anderen Parteien, sondern auch auf die Regierung, welche die Junker — durch Caprivi bloßstellen ließ. Bestätigte doch Caprivi selbst das, was die Sozialdemokraten seither behaupteten, indem er sagte, daß 69 Prozent aller derjenigen, die vom Landwirthschaftsgewerbe als Besitzer leben, kleine Parzellenbesitzer sind und kein Getreide vertreiben können. Ferner zeigte der Reichskanzler dem Volke, daß der Antrag der Konservativen einen Raub auf die Taschen des armen Volkes zu Gunsten der Großgrundbesitzer bezwecke. Das war allerdings zu stark für die Junker und es läßt sich deshalb ihre Wuth begreifen. Aber sie scheinen auch den Verstand verloren zu haben, sonst könnte die „Kreuz-Zeitung“ nicht schreiben: „Alles in allem bedeuten die donnernden Reden, welche am 13 und 14. April gegen den Antrag Kanitz gehalten worden sind, nichts als eine Bankerott-Erklärung der Gegner, die Reichsregierung eingeschlossen, eine andere Auffassung giebt es nicht, und kann es schon deshalb nicht geben, weil nicht ein einziger Gegenvorschlag gemacht worden ist.“

Wer lacht da?!

— **Kapitalismus und Militarismus** sind die beiden schlimmsten Feinde des Volkes. Im „Volksblatt für Anhalt“ lesen wir: „Ein eigenthümliches Ereigniß hält seit Freitag früh die Gemüther der Bernburger Arbeiter in Bewegung. An diesem Tage erhielten sämmtliche Arbeiter der Chromfabrik, die sich noch in einem Militärverhältniß befinden, ihre Entlassung. Ueber Hundert sollen hiervon betroffen sein. An Stelle der Entlassenen hat man theils neue Arbeiter, die nicht oder nicht mehr militärpflichtig sind, eingestellt, theils Arbeiter anderer Betriebe vor die Alternative gestellt, entweder in der Chromfabrik weiter zu arbeiten oder die Arbeit zu quittiren. Bekanntlich hatte sich bei der letzten Militär-Rekrutirung herausgestellt, daß sämmtliche Rekruten, die in der Chromfabrik gearbeitet, militärdienst-untauglich waren. Ob nun diese Maßregel auf eine Initiative der Militärbehörde zurückzuführen ist, oder ob es sich lediglich darum handelt, den Beweis aus der Welt zu schaffen, daß die Chromfabrik eines der ungesundesten Etablissements ist, ist gleichgiltig. Auf jeden Fall beweist dies Vorkommniß, daß der Arbeiter nur für den Kapitalismus und für den Militarismus auf der Welt ist und für beide als ein willenloses Werkzeug gilt.“

— **Die Freiheit wiedergegeben** wurde Genossen Hennig in Breslau, nachdem er 6 Monate hinter schwedischen Gardinen zugebracht hat.

Holland.

— **Leist—Wehlan überall!** Daß auch in den holländischen Kolonien die Menschenschindereien noch nicht aufgehört haben, zeigt folgender Fall.

Auf einer Landbauunternehmung an der Westküste Sumatras, wo mehrere Hundert javanische Arbeiter in den Plantagen verwendet wurden, fungirte als Administrator ein Niederländer, Abbema, dem die Javanen, die sich für eine gewisse Anzahl Jahre kontraktlich zur Arbeit auf Sumatra verpflichtet hatten, unterstellt waren. Der Mann hat sich nun Scheußlichkeiten zu Schulden kommen lassen, die den „Heldenthaten“ von Leist und Genossen ebenbürtig zu Seite stehen. Die Anklageschrift des Staatsanwaltes giebt uns darüber Auskunft. Darin heißt es: „Der Angeklagte hat sich gegen seine Untergebenen Handlungen erlaubt, so entsetzlicher und abscheulicher Art, daß man zur Ehre der Menschheit nur wünschen könnte, daß sie vereinzelt daständen; er hat kranke Arbeiter, die sich vor Schwäche nicht mehr auf den Beinen halten konnten, bis aufs Blut peitschen lassen und die arbeitsunfähigen, von ihrer Heimath getrennten Javanen ließ er auf eine benachbarte wüste, von den Eingeborenen mit Entsetzen gemiedene Insel bringen, wo sie entweder einen langsamen Hungertod starben oder von wilden Thieren zerrissen wurden.“

Diese Scheußlichkeiten werden auch so lange nicht aufhören, als man einzelnen Personen überhaupt das Recht giebt, über andere Menschen zu verfügen. Es verhält sich dies, wie mit den Soldatenmißhandlungen.

England.

— **Finanzverhältnisse.** Im Unterhause legte der Schatzkanzler Harcourt das Budget für das Finanzjahr 1894/95 vor. In dem Anschlage sind die Einnahmen auf 90,950,000 Lstr., die Ausgaben auf 95,458,000 Lstr. angegeben. Die Ausgaben für die Marine allein sind von 14,240,000 auf 17,366,000 Lstr. erhöht. Es ergiebt sich demnach ein Fehlbetrag von 4,502,000 Lstr. Zu dessen Deckung schlug der Schatzkanzler zunächst eine wesentliche Erhöhung der Erbschaftssteuer in abgestufter Form vor. Darnach sollen die Hinterlassenschaften bis zu 500 Lstr. 1 Prozent niedriger als bisher, von 500 bis 1000 Lstr. 2 Proz., niedriger als bisher, die von 1000 bis 25,000 4 Proz., von 25,000 bis 50,000 4½ Proz., von 50,000 bis 75,000 5 Proz., von 75,000 bis 100,000 5½ Proz., von 100,000 bis 150,000 6 Proz., von 150,000 bis 250,000 6½ Proz., von 250,000 bis 500,000 7 Proz., von 500,000 bis eine Million 7½ Proz., von mehr als einer Million 8 Proz. oder das Doppelte der bisherigen Abgabe zahlen. Das Mehrerträgniß der Steuer veranschlagte der Schatzkanzler auf 3½ bis 4 Millionen. Ferner schlug Harcourt vor, die Einkommensteuer von 7 auf 8 Pence zu erhöhen, indeß mit Ausschluß der Einkommen bis zu 500 Lstr. Ferner soll die Spirituosensteuer um 6 Pence per Gallon, die Biersteuer um 6 Pence per Faß erhöht werden. Das Gesammterträgniß dieser Steuererhöhungen verwandelt den Fehlbetrag in einen Ueberschuß von 291,000 Lstr. im laufenden Jahre.

Australien.

— **Die Frauen** werden in Australien bald in das Parlament einziehen. Aus Wellington (Neu-Seeland) meldet der Draht unterm 13. April: Eine Abordnung von Frauen fand sich heute bei dem Premierminister Siddon ein und befürwortete, daß Frauen auch als Parlamentsmitglieder sollen erwählt werden können. Der Premierminister erwiderte, daß dies nur die logische Folge davon wäre, daß den Frauen das Stimmrecht ertheilt worden sei. Ihre politische Erziehung wäre natürlich eine Grundbedingung.

Maifeier.

Die Genossen in Remscheid haben einen Beschluß gefaßt, der empfiehlt, den Genossen, denen es irgend möglich ist, ohne dadurch außer Arbeit zu kommen oder sonst schwere Verluste zu erleiden, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, es aber allen Genossen zur Pflicht macht, am Abend des 1. Mai zu der stattfindenden Versammlung zu erscheinen, um die Bedeutung des Weltfeiertages zu dokumentiren.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

∴ Am 10. d. M. tagte im großen Saale des „Trianon“ eine von über 500 Kollegen besuchte **öffentliche Bäckerversammlung.** Die Tagesordnung lautete: 1. Die bevorstehende Regelung der Arbeitszeit im Bäckereigewerbe und die Stellungnahme der Innungen hierzu. 2. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt hatten die Bäckermeister C. Seidel und H. Lau das Referat übernommen. Dieselben sprachen speziell über die Stellungnahme der hiesigen Bäcker-Innung, konnten jedoch nicht viel von Bedeutung vorbringen. In der letztvergangenen Innungsversammlung sei wohl über eine an den Bundesrath zu richtende Petition nochmals abgestimmt worden, trotzdem sei den meisten Anwesenden immer noch nicht klar gewesen, über was eigentlich abgestimmt worden sei. Bei der Begründung der betreffenden Petition wurden stichhaltige Gründe nicht vorgebracht. In der Hauptsache richtet sich dieselbe gegen die Anerkennung der vernommenen Auskunftspersonen bei den Kommissionsberathungen, welche nicht mehr Bäcker und als solche auch nicht mehr anzuerkennen seien. Der eine Referent führt nebenbei mit an, daß es zu heftigen Debatten über den früheren Gesellenausschuß gekommen sei. Im weiteren giebt der Vorsitzende bekannt, daß sämmtliche Meister-Vereinigungen zu einem gewaltigen Schlage gegen die Gesellen ausholen, indem dieselben eine große Petition gegen die bevorstehende Regelung der Arbeitszeit an den Bundesrath zu richten gedenken. Die „Deutsche Bäckerzeitung“ schreibt hierüber: daß die Bäckermeister alle Hebel in Bewegung setzen, um, wie die Reichskommission, so auch den deutschen Bundesrath mit den albernsten Lügen als Beweismaterial zu überschütten. Bäckermeister Behold fordert die Gesellen auf, Material über Zustände und Beschaffenheit verschiedener Bäckereien zu sammeln und solches dem Bundesrath und Reichstag zu übermitteln. Dies würde dann die beste Waffe gegen derartige Petitionen sein. Hierauf erhält Kollege Reinhardt das Wort. Nach den Ausführungen des Referenten scheint bei hiesiger Innung die parlamentarische Geschäftsführung eine sehr mangelhafte zu sein. Was die Petition betrifft, so würde diese sicher den Weg so vieler anderen wandern, indem die Innungsmeister stichhaltige Gründe gegen die bevorstehende Regelung der Arbeitszeit nicht anführen können. Die Herren haben bereits durch ihre Vertreter bei den Berathungen in Berlin mit ihren angeführten Gründen vollständig Fiasko gemacht und so wird es ihnen auch mit ihrer Petition ergeben. Nachdem noch verschiedene Redner für die Organisation eingetreten waren, wurde zu Punkt 2 übergegangen. Der Vorsitzende empfiehlt den Anschluß an das Gewerkschaftskartell, beleuchtet den Zweck und Nutzen desselben und fordert die Versammlung auf, einen Vertrauensmann, bezw. Vertreter zum Gewerkschaftskartell zu wählen. Es werden die Kollegen Hermann Reinhardt als Vertreter und Karl Pietschmann als Stellvertreter einstimmig gewählt. Im weiteren ging ein Antrag ein, welcher den Ausschluß sämmtlicher Mitglieder des Gesellenausschusses der Dresdner Bäckerinnung aus allen öffentlichen Bäckerversammlungen fordert. Der Antrag wurde abgelehnt, indem man es für besser hielt, wenn die Betreffenden zu den öffentlichen Versammlungen erscheinen, damit sie ihre eigene Schande hören könnten. Zum Schluß bemerkt der Vorsitzende, er hoffe, daß sich die Kollegen auch diesmal in zahlreicher und würdiger Weise an der kommenden Maifeier betheiligen werden.

Nach der Versammlung traten 27 Kollegen dem Fachverein der Bäcker bei.

∴ **Zwickau.** Streik. Am Sonnabend Morgen legten auf dem Brückenbergschacht II. eine Anzahl Förderleute ihre Arbeit nieder, nachdem ihnen eine nachgesuchte Lohnerhöhung nicht gewährt wurde. Durch Anschlag auf dem Werke ist seitens der Werksverwaltung bekannt gegeben, daß diejenigen, welche Montag früh ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, auf Grund der bestehenden Gesetze entlassen sind. Außerdem wurde den Arbeitern mitgetheilt, daß sie durch den Arbeiter-Ausschuß mit der Werksverwaltung zu verhandeln hätten. Der Freitag Morgen auf dem Brückenbergschacht IV. ins Werk gesetzte Aufstand, an dem sich etwa 60 junge Leute betheiligten, wurde noch nicht beigelegt.